

Vor 95 Jahren: Der Rote Oktober

Rede von Prof. Dr. Götz Dieckmann auf der Veranstaltung des
„RotFuchs“-Fördervereins am 19. Oktober 2012 in Berlin



Im Frühjahr 1918 schrieb Rosa Luxemburg: „Die Lenin-Partei war die einzige, die das Gebot und die Pflicht einer wirklich revolutionären Partei begriff, die durch die Losung: Alle Macht in die Hände des Proletariats und des Bauerntums! den Fortgang der Revolution gesichert hat.

Damit haben die Bolschewiki die berühmte Frage nach der ‚Mehrheit des Volkes‘ gelöst, die den deutschen Sozialdemokraten seit jeher wie ein Alp auf der Brust liegt. Als eingefleischte Zöglinge des parlamentarischen Kretinismus übertragen sie auf die Revolution einfach die hausbackene Weisheit aus der parlamentarischen Kinderstube: um etwas durchzusetzen, müsse man erst die Mehrheit haben. Also auch in der Revolution: Zuerst werben wir eine ‚Mehrheit‘. Die wirkliche Dialektik der Revolutionen stellt aber diese parlamentarische Maulwurfsweisheit auf den Kopf: Nicht durch die Mehrheit zur revolutionären Taktik, sondern durch revolutionäre Taktik zur Mehrheit geht der Weg. Nur eine Partei, die zu führen, d. h. vorwärtszutreiben versteht, erwirbt sich im Sturm die Anhängerschaft. Die Entschlossenheit, mit der die Lenin und Genossen im entscheidenden Moment die einzige vorwärtstreibende Losung ausgegeben haben: Die ganze Macht in die Hände des Proletariats und der Bauern! hat



Lenin auf dem Weg nach Petersburg, April 1917

Gemälde: P. Wassiljew

sie fast über Nacht aus einer verfolgten, verleumdeten, ‚illegalen‘ Minderheit, deren Führer sich wie Marat in den Kellern verstecken mußten, zur absoluten Herrin der Situation gemacht.

Die Bolschewiki haben auch sofort als Zweck dieser Machtergreifung das ganze und am weitgehendste revolutionäre Programm aufgestellt: nicht etwa Sicherung der bürgerlichen Demokratie, sondern Diktatur des Proletariats zum Zwecke der Verwirklichung des Sozialismus. Sie haben sich damit das unvergängliche geschichtliche

Verdienst erworben, zum erstenmal die Endziele des Sozialismus als unmittelbares Programm der praktischen Politik zu proklamieren. (...) Die ganze revolutionäre Ehre und Aktionsfähigkeit, die der Sozialdemokratie im Westen gebracht, war in den Bolschewiki vertreten. Ihr Oktoberaufstand war nicht nur eine tatsächliche Rettung für die russische Revolution, sondern auch eine Ehrenrettung des internationalen Sozialismus.“ (Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin 1974, S. 341)

An Klarheit und Eindeutigkeit dieser Einschätzungen ist nicht zu denken. Ich habe bewußt aus Rosa Luxemburgs im Breslauer Gefängnis verfaßten Aufzeichnungen „Zur russischen Revolution“ zitiert. Denn jenes der Selbstverständigung dienende Manuskript enthält ja auch die Randnotiz von der „Freiheit der Andersdenkenden“, welche uns unermüdlich von erklärten Feinden des Sozialismus und Sozialreformisten entgegengehalten wird. Verleumder soll man mit den eigenen Waffen Rosa Luxemburgs schlagen.

Die gegenwärtige ökonomische Krise und die zunehmende Instabilität des politischen Systems in einer Reihe kapitalistischer Staaten lenken den Blick auf die Vorgeschichte der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Denn es ist keineswegs auszuschließen, daß wir vor Probleme gestellt werden, die in vielerlei Hinsicht den damaligen ähnlich, wenn nicht sogar – was theoretische Herausforderungen anbelangt – prinzipiell gleich gelagert sind. Die geschichtlichen Abläufe seit der Französischen Revolution offenbaren: Es gibt lange Wellen von Revolution und Konterrevolution. Die Abfolgen revolutionären Sturms, des Abflauens, des Niedergangs und neuerlicher Offensive decken sich zwar nicht völlig, aber sie korrespondieren mit den von Nikolai Kondratjew 1926 erstmals definierten „langen Wellen“ der durch neue technologische Basisinnovationen geprägten Produktivkraftentwicklung. Sie dauern wie diese im Schnitt vier bis sechs Jahrzehnte, dürfen also nicht mit den zyklischen Überproduktionskrisen verwechselt werden. Sowohl die ökonomischen als auch die politischen langen Wellen unterteilen sich in Abschnitte des Aufschwungs, der Stagnation, der Fäulnis und der neuerlichen scharfen Zuspitzung aller Widersprüche des kapitalistischen Gesellschaftssystems.

Schon seit Jahren vernehmen wir nun nicht mehr den flotten Spruch des Herrn Blüm, Marx sei tot, Jesus hingegen lebendig. Vom „Ende der Geschichte“ ist auch nur noch sehr verhalten die Rede. Selbst Francis Fukayama, der diesen hanebüchenen Unsinn unmittelbar nach dem Sieg der Konterrevolution in der Sowjetunion und den anderen Staaten des Warschauer Vertrages in die Welt setzte, rückt unter Windungen und Wendungen von seiner damaligen Siegesbotschaft ab. Seine Parole lautet nunmehr: „Rettet die Mittelschicht!“ Erstaunliches ist aus den Reihen bürgerlicher Gesellschaftsanalysen zu vernehmen. Der Club of Rome konstatiert, der Produktivitätszuwachs nehme dramatisch ab. Viele Volkswirtschaften hätten ihr Entwicklungspotenzial bereits ausgeschöpft. Da darf man fragen: Hat das nichts mit dem tendenziellen Fall der Profitrate zu tun? Der amerikanische Soziologe Immanuel Wallerstein verkündete 2009 gar: „Wir können sicher sein, daß wir in 30 Jahren nicht mehr in einem kapitalistischen Weltsystem leben.“ Er wisse zwar nicht, ob ein besseres oder ein schlechteres System diesen Platz einnehmen werde. Dem – so wörtlich – „fürchterlich ungerechten Kapitalismus“ könne eine noch stärker polarisierende und hierarchischere Ordnung folgen. Es sei jedoch auch möglich, daß ein demokratischeres und egalitäres System das Erbe des Kapitalismus antrete. Letztlich werde das Ergebnis von nahezu unendlich vielen individuellen Anstrengungen abhängen. Wallerstein ist ein



solider Wissenschaftler. Er geht stets von überprüfbaren langfristigen Entwicklungstrends aus. Selbst wer seine konkrete Angabe des Zeitpunkts kapitalistischer Götterdämmerung für etwas kühn hält, sollte angesichts der Krise und der stets im Monopolkapitalismus wurzelnden faschistischen Gefahren diese Aussagen zur Kenntnis nehmen und aufmerksam prüfen. Sie sind nicht weit entfernt von der Alternative: „Sozialismus oder Barbarei!“

Meine ökonomischen Kenntnisse sind begrenzt. Mit jenen bürgerlichen Wirtschaftsgurus, die dem Kapitalismus die Gabe unaufhörlicher Wiedergeburt bescheinigen, sollten sich vor allem marxistische PolitökonomInnen auseinandersetzen. Ich bitte sie darum, denn das ist eine Thematik, die für das Erfassen der Spezifik der gegenwärtigen Situation und die sich daraus ableitenden weltanschaulichen und politischen Schlußfolgerungen von großer Bedeutung ist.

Doch ein Stück will ich mich vorwagen: In einem Artikel von Artur P. Schmidt wird begründet, daß wir uns im „Winter“ der gegenwärtigen Welle befinden. Diese Einschätzung teilt er mit den meisten Analytikern. Nach einer Zeit ungeheurer Konsum- und Staatsverschuldung sowie einem Börsencrash sei es unausweichlich, die Schulden abzubauen, weil massive Bankrotte die Wirtschaft in die Depression treiben. Er hebt – meines Erachtens zu Recht – hervor: „Da die einzelnen Phasen 10 bis 20 Jahre dauern können, merken die meisten Menschen die tatsächlichen Veränderungen nicht. In jeder Phase des ökonomischen Winters geht das bisherige Finanzsystem in Konkurs, und es bleibt ein schmales Zeitfenster, im Rahmen dessen völlig neue Lösungsansätze in Wettstreit mit den alten Paradigmen treten können.“

Auch Schmidt glaubt an die ungebrochene Überlebensfähigkeit des Kapitals. Doch eine Aktienhausse, ein erneutes Börsenfeuerwerk – so seine Schlußfolgerung – werde nicht vor 2035 greifen und dann etwa bis 2045 anhalten.

Nehmen wir einmal an, letztere Prognose sei stichhaltig. Dann liegen vor uns mehr als zwei Jahrzehnte äußerst krisenhafter Entwicklung des Kapitalismus. Ist es da nicht zwingend, endlich den Fokus auf unsere gegenwärtigen und künftigen Pflichten auszurichten?

Vor einigen Wochen erzählte mir ein Schuldirektor, er habe als Teilnehmer einer Veranstaltung zur „Westanpassung“ Anfang der neunziger Jahre folgendes erlebt. Ein Professor aus den „alten Bundesländern“ habe auf Unwägbarkeiten und Probleme des Übergangs verwiesen und sei dabei auf Kritik bei vielen jüngst Gewendeten gestoßen. Darauf habe er schließlich mit einem Gleichnis geantwortet: Wenn man jahrzehntelang mit einem ungeliebten Nachbarn in heftigem Dauerstreit gelegen habe und dieser plötzlich versterbe, könne das Schadenfreude auslösen. Wenn der Übriggebliebene dann allerdings in seinem Überschwang glaube, er selbst sei nun unsterblich, sei das ein schwerer Fehler.

Der Mann war im Recht: Wir sollten deshalb nie in dem Bemühen nachlassen, realistische Betrachter der Zeitgeschichte, selbst wenn wir nicht alle ihre Auffassungen teilen, im Ringen um die Zukunft auf unsere Seite zu ziehen.

Was lehrt die Vorgeschichte der Oktoberrevolution? 1902 schrieb Lenin in „Was tun?“, „Die Geschichte hat uns jetzt die nächste Aufgabe gestellt, welche die revolutionärste von allen nächsten Aufgaben des Proletariats irgendeines anderen Landes ist. Die Verwirklichung dieser Aufgabe, die Zerstörung des mächtigsten Bollwerks nicht nur der europäischen, sondern (wir können jetzt sagen) auch der asiatischen Reaktion, würde das russische Proletariat zur Avantgarde des internationalen revolutionären Proletariats machen. Und wir haben das Recht anzunehmen, daß wir uns diesen Ehrennamen, den sich schon unsere Vorgänger, die Revolutionäre der siebziger Jahre, verdient haben, erwerben werden, wenn wir es verstehen, unsere tausendmal mehr in die Tiefe und in die Breite gehende



Oktober 1917

Holzstich: Wladimir Faworski, 1928





**Die Kämpfe sind beendet.
Petrograd ist in den
Händen der revolutionären
Arbeiter, Soldaten und
Matrosen**

Photographie 1917

Bewegung mit ebenso rückhaltloser Entschlossenheit und Tatkraft zu erfüllen.“ (LW, 5/383)

Nur anderthalb Jahrzehnte später wurde die erste entscheidende Breche in das weltumspannende Herrschaftssystem des Kapitals geschlagen. Nun könnte man meinen, es habe in diesen fünfzehn Jahren einen ununterbrochenen geradlinigen Aufstieg der Leninschen Partei, der Zahl ihrer Mitglieder und ihres Masseneinflusses gegeben. Das ist jedoch ein Irrtum. Als die russische Revolution 1905 bis 1907 grausam niedergeschlagen wurde, kam es zunächst vielerorts zum Verfall von Parteiorganisationen. Nadeshda Krupskaja schrieb rückblickend: „Noch ein paar Jahre in dieser Atmosphäre des Gezänks und des Emigrantenelends konnten alle Kräfte zermürben. Doch diese Jahre der Reaktion wurden von Jahren des Aufschwungs abgelöst.“ (N. K. Krupskaja, Erinnerungen an Lenin, Berlin 1959, S. 241)

Oft höre ich Klagen, wie gering an Zahl wir doch heute seien und namentlich, daß die Jugend nicht in hellen Scharen in unsere Reihen dränge. Das ist wahr und belastend. Aber gab es nicht Vergleichbares nach schweren Rückschlägen auch früher? Wie entwickelte sich z. B. die Zahl der Mitglieder der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands? Der SDAPR gehörten Anfang 1905 nicht mehr als 8400 Genossen an. Gemessen an den etwa 130 Millionen Einwohnern des Zarenreichs war das ein Tropfen im Ozean. Nach dem Ausbruch der Revolution erhöhte sich ihre Zahl sprunghaft auf das Fünfzehnfache. Doch später folgte ein Erdbeben. Die Mitgliedschaft sank auf 10 000. Unter dem Druck der Konterrevolution knickten viele ein. Zuerst verließen schwankende Gestalten, die ihre Meinungen der jeweiligen Windrichtung anzupassen pflegten, das vermeintlich sinkende Schiff. Schwere Niederlagen erzeugen immer Stimmungen der Resignation. Geordnete Rückzüge sind deshalb politisch viel schwerer zu meistern als Offensiven. Rechtsopportunistische „Liquidatoren“, halbanarchistische Linksradikale, „Versöhnler“ und die weltanschaulichen Fundamente der Partei angreifende „Gottbildner“ mußten in aufreibenden Schlachten Punkt für Punkt widerlegt werden. Anders ausgedrückt: Die Spreu sonderte sich vom Weizen.

Was die heutige Lage anbetrifft, so ist die Mitgliederstärke der SDAPR ins Verhältnis zu den lediglich 80 Millionen Bürgern unseres Landes zu setzen. Es gibt dann zwar immer noch berechtigten Kummer wegen

unserer zahlenmäßigen Schwäche – aber ein Grund, zu verzweifeln, ist das keineswegs. Der damalige Einbruch kommt uns doch angesichts der Niederlage des europäischen Sozialismus am Ende des 20. Jahrhunderts sehr bekannt vor. Doch wir wissen: Im April 1917, in der Februarrevolution, waren es wieder 100 000 und im August – unmittelbar vor dem Roten Oktober – 240 000 Mitglieder der SDAPR. (Vgl.: Kommunistische Partei der Sowjetunion, Berlin 1967, S. 140 f.) Es ist also nicht richtig, bei der Betrachtung der Etappen, die revolutionäre bzw. konterrevolutionäre Prozesse durchlaufen, aus Mitgliederzahlen eins zu eins Schlüsse hinsichtlich des Einflusses auf die Gesamtgesellschaft zu ziehen. Das gilt – wie wir erfahren mußten – selbst für Zeiten der Siege. Es gilt aber noch mehr in der Niederlage. Die Partei der Bolschewiki vermochte es, sich in den Jahren des Rückzugs im Bewußtsein breiter Massen – und nicht nur der Arbeiter – als die wirkliche gesellschaftliche Alternative zu behaupten. Als im Ersten Weltkrieg chauvinistischer Taumel die Parteien der II. Internationale unterminierte, hielt sie den revolutionären Marxismus und die Fahne des proletarischen Internationalismus hoch. Lenin würdigte die wenigen Standhaften in den Arbeiterparteien anderer Länder, die ebenfalls diese Kraft und diesen Mut aufbrachten. Er schrieb: „Es kommt nicht auf die Schattierungen an, die es auch unter den Linken gibt. Es kommt auf die Richtung an. Der ganze Kern der Sache ist, daß es nicht leicht ist, in der Epoche des furchtbaren imperialistischen Krieges wirklicher Internationalist zu sein. Solche Menschen gibt es nur wenige, aber nur sie sind die ganze Zukunft des Sozialismus, nur sie sind Führer der Massen und nicht Verführer der Massen.“ (LW, 24/65) Nun sind wir ja beileibe nicht die einzigen Aufrechten. Doch wir dürfen stolz darauf sein, was der „RotFuchs“, unsere Zeitschrift, der Förderverein und seine Regionalgruppen, leisten.

Was Lenin und die Seinen damals auf dem Felde der Theorie bewältigten, gilt es zu studieren, um – natürlich unter strikter Berücksichtigung der veränderten Weltlage – Parallelen sichtbar zu machen. Die russische Revolution von 1905, im größten Land der Welt, in dem es zuvor noch keine bürgerlich-demokratische Revolution gegeben hatte, brachte die Rätebewegung hervor. Sie bestätigte den Beginn einer neuen Ära, in der ein Sieg dieser Revolution, die ihrem sozialökonomischen Inhalt nach durchaus noch nicht direkt auf die Beseitigung



des Kapitalismus zielte, nicht mehr unter Führung der Bourgeoisie, sondern nur noch vermittels der Hegemonie der Arbeiterklasse errungen werden konnte. Hegemonie einer Klasse bedeutet aber nichts anderes, als einer sozial vielgestaltigen, politisch buntscheckigen breiten Volksbewegung den Stempel aufzuprägen. Zudem erwiesen sich nationale Befreiungsbestrebungen im internationalen Maßstab mehr denn je als mächtige „Reserven“ der Arbeiterbewegung. „Marxismus und nationale Frage“ rückte ins Zentrum theoretischer und politischer Auseinandersetzung.

Nicht nur in Rußland wurde damals diskutiert, was angesichts der neuen Bedingungen unter Imperialismus zu verstehen sei. Lenin gab die richtige Antwort. Er vermochte es – verwiesen sei nicht nur auf sein Werk „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“,



Dekret über den Frieden auf Seite 1 der „Iswestija“ vom 27. Oktober 1917

sondern auf alle seine diesbezüglichen Schriften –, den Imperialismus vollends zu enttarnen. Er deckte auf, warum die ungleichmäßige Entwicklung des Kapitalismus unter monopolistischen Bedingungen sich „sprunghaft“ gestaltet, und enthüllte das Wesen der imperialistischen Kriege um die Neuverteilung der Welt. „Sprunghaft“ bedeutet, bildlich ausgedrückt: Wie bei den sich gegeneinander verschiebenden Erdplatten entladen sich die scharfen Spannungen schließlich in Erdbeben und Tsunamis.

Zugleich gelang es ihm, den gesetzmäßigen Zusammenhang von Imperialismus und Opportunismus genauestens zu definieren und

eine realistische politische Strategie und Taktik für die Hinüberleitung der bürgerlich-demokratischen in die sozialistische Revolution zu entwickeln. Ohne diese Schlußfolgerungen hätte es den Sieg im Roten Oktober nicht gegeben. Nur ebenso exakte Leitlinien ermöglichen uns heute gültige Antworten auf die großen Fragen unserer Zeit. Es ist also geboten, sich auch mit Details des Ringens um jene Erkenntnisse zu beschäftigen, denn es ist ein Trugschluß, anzunehmen, sie hätten allesamt plötzlich in reiner Form vorgelegen.

Ein Beispiel will ich anführen: Im Oktober 1914 beschlossen die Bolschewiki das Manifest „Der Krieg und die russische Sozialdemokratie“. Darin wurden die folgenden Losungen aufgestellt:

- Niederlage der zaristischen Regierung im imperialistischen Krieg
- Umwandlung des Krieges in den Bürgerkrieg
- Völlige Trennung von der infolge des Verrats rechter sozialdemokratischer Führer zusammengebrochenen II. Internationale.

Diese Losungen erwiesen sich als völlig richtig. Ein unvergängliches Verdienst Karl Liebnechts war es, daß er wenig später auch in Deutschland proklamierte: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“ Lenin hielt angesichts des Völkergemetzels fest: „Die Lehren des Krieges hämmern, wie sich zeigt, gerade das in die Köpfe ein, was wir seit Beginn des Krieges verkündet haben. (...) Das Leben lehrt. Das Leben geht den Weg über die Niederlage Rußlands zur Revolution in Rußland und über diese Revolution, in Verbindung mit ihr, zum Bürgerkrieg in Europa. Das Leben hat diesen Weg eingeschlagen. Und die Partei des revolutionären Proletariats Rußlands, die aus diesen Lehren des Lebens, die ihr recht gegeben haben, neue Kraft schöpft, wird mit noch größerer Energie auf dem von ihr vorgezeichneten Weg vorwärtsschreiten.“ (LW, 21/388)

Doch in einer Frage, die uns gerade heutzutage umtreibt, war nach streitbaren Debatten eine bedeutsame Korrektur unausweichlich. Im Manifest vom Herbst 1914 hieß es: „Die nächste politische Losung der europäischen Sozialdemokratie muß die Gründung der republikanischen Vereinigten Staaten von Europa sein, wobei die Sozialdemokraten zum Unterschied von der Bourgeoisie, die alles mögliche zu ‚versprechen‘ bereit ist, nur um das Proletariat in den allgemeinen Strom des Chauvinismus hineinzureißen, die Arbeiter darüber aufklären werden, daß diese Losung durch und durch verlogen und sinnlos ist, wenn die deutsche, die österreichische und die russische Monarchie nicht auf revolutionärem Wege beseitigt werden.“ (LW, 21/19) Auch diese Losung war also ausdrücklich als revolutionäre Orientierung des politischen Kampfes formuliert worden. Sie entsprang einer Haltung, die in der internationalen Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg allgemein verbreitet war, und leitete sich aus der – für das 19. Jahrhundert richtigen – Vorstellung ab, die sozialistische Revolution müsse im wesentlichen gleichzeitig in den entwickelten kapitalistischen Ländern ausbrechen. Folgender Gedankengang lag dem zugrunde: Der Kapitalismus der freien Konkurrenz werde – wie in der Ökonomie – auch im politisch-staatlichen Bereich die Schranken der Nationen niederreißen. Über die Bildung von Großstaaten und Staatenbünden werde die Entwicklung der Nationen so weit gleichgemacht, bis der Boden für die internationale proletarische Revolution bereitet sei.

Die Losung der republikanischen Vereinigten Staaten von Europa fand nun sowohl Anhänger wie Gegner. Ultralinke lehnten sie mit der Begründung ab, demokratische Übergangsforderungen seien bei Existenz des Imperialismus prinzipiell unrealisierbar. Andererseits machten rechtsopportunistische und „zentristische“ Kräfte sie sich zu eigen, negierten aber ihren revolutionären Inhalt. Karl Kautsky und Leo Trotzki verdunkelten das Klassenwesen des imperialistischen



Krieges mit der Behauptung, die nationalen Vaterländer seien zum Haupthemmnis ökonomischer Entwicklung geworden. Das lief darauf hinaus, dem imperialistischen Krieg um die Neuaufteilung der Welt einen „progressiven“ Anstrich zu geben. Diese Auseinandersetzungen gaben den letzten Anstoß zu Lenins umfassender Imperialismus-Analyse. Das Wechselverhältnis von Ökonomie und Politik im monopolistischen Stadium des Kapitalismus wurde von ihm entschlüsselt.

Ende Juli/Anfang August 1915 war Lenin so weit, eine ökonomisch zwingende Begründung für die Suspendierung dieser Losung vorzustellen. Da die Gefahr bestand, diese Korrektur könne von Ultralinken mißbraucht werden, betonte er in seiner Arbeit „Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa“ gleich eingangs: „Gegen eine solche



Die Erscheinung. „Sie ist Russin, aber alle Völker verstehen ihre Sprache.“

Zeichnung von FM zur Oktoberrevolution

Fragestellung im Rahmen der politischen Beurteilung dieser Losung zu polemisieren – z. B. von dem Standpunkt aus, daß sie die Losung der sozialistischen Revolution verdunkle oder abschwäche u. dgl. m., wäre vollkommen falsch. Politische Umgestaltungen in wahrhaft demokratischer Richtung, erst recht aber politische Revolutionen können keinesfalls und niemals, unter keinen Umständen die Losung der sozialistischen Revolution verdunkeln oder abschwächen. (...) Ist jedoch die Losung der republikanischen Vereinigten Staaten von Europa im Zusammenhang mit dem revolutionären Sturz der drei reaktionärsten Monarchien Europas, an ihrer Spitze der russischen, völlig unanfechtbar als politische Losung, so bleibt doch noch die sehr wichtige Frage nach dem ökonomischen Inhalt und Sinn dieser Losung. Vom Standpunkt der ökonomischen Bedingungen des Imperialismus, d. h. des Kapitaleports und der Aufteilung der Welt durch die ‚fortgeschrittenen‘ und ‚zivilisierten‘ Kolonialmächte, sind die Vereinigten Staaten

von Europa unter kapitalistischen Verhältnissen entweder unmöglich oder reaktionär.“ (LW, 21/342 f.)

Im selben Artikel heißt es weiter: „Die Vereinigten Staaten der Welt (nicht aber Europas) sind jene staatliche Form der Vereinigung und der Freiheit der Nationen, die wir mit dem Sozialismus verknüpfen – solange nicht der vollständige Sieg des Kommunismus zum endgültigen Verschwinden eines jeden, darunter auch des demokratischen, Staates geführt haben wird. Als selbständige Losung wäre die Losung Vereinigte Staaten der Welt wohl kaum richtig, denn erstens fällt sie mit dem Sozialismus zusammen, und zweitens könnte sie die falsche Auffassung von der Unmöglichkeit des Sieges in einem Lande und eine falsche Auffassung von den Beziehungen eines solchen Landes zu den übrigen entstehen lassen.

Die Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung ist ein unbedingtes Gesetz des Kapitalismus. Hieraus folgt, daß der Sieg des Sozialismus zunächst in wenigen kapitalistischen Ländern oder sogar in einem einzeln genommenen Lande möglich ist. Das siegreiche Proletariat dieses Landes würde sich nach Enteignung der Kapitalisten und nach Organisation der sozialistischen Produktion im eigenen Lande der übrigen, der kapitalistischen Welt entgegenstellen, würde die unterdrückten Klassen der anderen Länder auf seine Seite ziehen, in diesen Ländern den Aufstand gegen die Kapitalisten entfachen und notfalls sogar mit Waffengewalt gegen die Ausbeuterklassen und ihre Staaten vorgehen.“ (LW, 21/345 f.)

Zwei Monate später hob Lenin den spezifischen Charakter der erneut heranreifenden russischen Revolution hervor: „Es ist die Aufgabe des russischen Proletariats, die bürgerlich-demokratische Revolution in Rußland zu Ende zu führen, zu dem Zweck, die sozialistische Revolution in Europa zu entfachen. Diese zweite Aufgabe ist der ersten jetzt außerordentlich nahegerückt, aber sie bleibt trotzdem als besondere und als zweite Aufgabe bestehen, denn es handelt sich um verschiedene Klassen, die mit dem Proletariat Rußlands zusammenarbeiten: Bei der ersten Aufgabe tut das die kleinbürgerliche Bauernschaft Rußlands, bei der zweiten das Proletariat der anderen Länder.“ (LW, 21/409 f.) Und wiederum ein Jahr danach war er sich sicher: „Der Sozialismus kann nicht gleichzeitig in allen Ländern siegen.“ (LW, 23/74)

Nach Lenins Tod, in den Auseinandersetzungen insbesondere mit Sinowjew und Trotzki, wurde unterstellt, mit der Formel von der „Möglichkeit des Sieges in einem Lande“ habe Lenin bereits 1915 exakt die spätere Situation der Sowjetunion in kapitalistischer Umkreisung vorhergesehen. So verhielt es sich jedoch nicht. Denn in seinem „Abschiedsbrief an die Schweizer Arbeiter“ vom 8. April 1917 lesen wir: „Die objektiven Bedingungen des imperialistischen Krieges bieten die Gewähr dafür, daß sich die Revolution nicht auf die erste Etappe der russischen Revolution, daß sie sich nicht auf Rußland beschränken wird.

Das deutsche Proletariat ist der treueste, zuverlässigste Verbündete der russischen und der internationalen proletarischen Revolution.“ (LW, 23/386)

Zudem hat Lenin auf dem III. Kongreß der Kommunistischen Internationale klargestellt: „Als wir seinerzeit die internationale Revolution begannen, taten wir es nicht in dem Glauben, daß wir ihrer Entwicklung vorgreifen könnten, sondern deshalb, weil eine ganze Reihe von Umständen uns veranlaßte, diese Revolution zu beginnen. Wir dachten: Entweder kommt uns die internationale Revolution zu Hilfe, und dann ist unser Sieg ganz sicher, oder wir machen unsere bescheidene revolutionäre Arbeit in dem Bewußtsein, daß wir selbst im Falle einer Niederlage der Sache der Revolution dienen und daß unsere Erfahrungen den anderen Revolutionen von Nutzen sein werden. Es war uns klar, daß ohne die Unterstützung der internationalen



Weltrevolution der Sieg der proletarischen Revolution unmöglich ist. Schon vor der Revolution und auch nachher dachten wir: Entweder sofort oder zumindest sehr rasch wird die Revolution in den übrigen Ländern kommen, in den kapitalistisch entwickelteren Ländern, oder aber wir müssen zugrunde gehen. Trotz dieses Bewußtseins taten wir alles, um das Sowjetsystem unter allen Umständen und um jeden Preis aufrechtzuerhalten, denn wir wußten, daß wir nicht für uns, sondern auch für die internationale Revolution arbeiten. Wir haben das gewußt, wir haben dieser Überzeugung wiederholt Ausdruck gegeben, sowohl vor der Oktoberrevolution als auch unmittelbar nach ihr und während des Abschlusses des Brest-Litowsker Friedens. Und das war, allgemein gesprochen, richtig.

Indessen verlief die Bewegung in Wirklichkeit nicht so geradlinig, wie wir erwartet hatten.“ (LW, 32/502 f.)

Die Bolschewiki zogen in die Schlachten des Roten Oktobers mit der Zuversicht: „Der Russe wird beginnen – der Deutsche vollenden!“ War dieser Optimismus berechtigt? Zunächst hing doch alles am seidenen Faden: Die Sowjetmacht wurde im Frühjahr 1918 gezwungen, sich den unerhört schweren Bedingungen des Friedens von Brest-Litowsk mit dem kaiserlichen Deutschland zu beugen. Die Konterrevolution überzog das Land mit dem Bürgerkrieg. Lenin – unter den Folgen des Attentats der Sozialrevolutionärin Kaplan leidend – arbeitete angespannt an seiner Kampfschrift „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“. Doch er mußte sie nicht vollenden. Am 10. November 1918 vermerkt er im Manuskript mit offenkundiger Erleichterung: „Die vorstehenden Zeilen waren am 9. November 1918 niedergeschrieben. In der Nacht vom 9. zum 10. trafen aus Deutschland Nachrichten ein über den Beginn der siegreichen Revolution zuerst in Kiel und anderen Städten im Norden und an der Küste, wo die Macht in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte übergegangen ist, dann auch in Berlin, wo der Rat ebenfalls die Macht übernommen hat.

Der Schluß, den ich noch zu der Broschüre über Kautsky und die proletarische Revolution zu schreiben hätte, erübrigt sich dadurch.“ (LW, 28/320)

Es war ein Triumph! Die Bolschewiki und nicht die Opportunisten hatten sich als die Realisten erwiesen. War doch die Losung „Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg“ von deutschen Sozialchauvinisten als „Wahnsinn“ abgekanzelt, von Plechanow als „Mittelding zwischen Traum und Komödie“ verhöhnt und von Kautsky als „gerade Linie im luftleeren Raum“ verunglimpft worden. (Vgl. LW, 23/386 f.)

Nun wissen wir, daß infolge des Verrats der rechten Führer der Sozialdemokratie und trotz des Heldenmuts der Spartakisten die deutsche Novemberrevolution es lediglich vermochte, die Monarchie zu stürzen und den Frauen erstmals zum Wahlrecht zu verhelfen. Die Macht des Kapitals wurde nicht gebrochen. Die deutsche Arbeiterklasse vollendete nicht, was die russische ruhmvoll begonnen hatte. Doch Europa durchlebte noch über Jahre eine revolutionäre Nachkriegskrise, die durchaus Aussichten auf rasche Fortschritte der proletarischen Weltrevolution eröffnete. Erst als 1921 der Höhepunkt dieser Krise überschritten war und in der Folge eine relative Stabilisierung des Kapitalismus eintrat, stand die KPdSU allein vor der äußerst schweren Herausforderung, den Sozialismus im Sowjetland aufzubauen. Lenins diesbezügliches Vermächtnis war die Ausarbeitung der Neuen Ökonomischen Politik. Das war eine der veränderten Lage entsprechende Konzeption des schrittweisen Aufbaus der sozialökonomischen Grundlagen des Sozialismus trotz kapitalistischer Umkreisung. In der Sowjetunion, diesem gewaltigen, sich über zwei Kontinente erstreckenden Land, gab es immer noch bedeutend mehr Bauern als Industriearbeiter.

Bürgerkrieg und Intervention hatten die Wirtschaft zerrüttet. Die sozialökonomische Basis des Sozialismus zu schaffen konnte demzufolge nur bei äußerster Anspannung aller Kräfte gelingen. Die Härte der innerparteilichen Auseinandersetzungen um die Möglichkeit bzw. die vollständige Sicherung der politischen Macht und der Industrialisierung des Landes wird so verständlich. Ohne gewaltige Akkumulation war ein Sieg sozialistischer Produktionsverhältnisse in Stadt und Land unmöglich. Es ging um alles oder nichts. Die KPdSU hätte sich in eine ausweglose Lage manövriert, wenn sie angesichts der unausweichlichen, die Grenzen der Leistungsfähigkeit wiederholt sprengenden Mobilisierung verkündet hätte, der Ausgang des Ringens sei völlig offen. Nein, es galt, Siegesgewißheit zu erzeugen, denn die einzige Alternative hieß, bedingungslos zu kapitulieren.

Damals wurde in der Sowjetunion abgewendet, was wir sechs Jahrzehnte später erleben mußten. Wer – völlig zu Recht – die Verrä-



Demonstration

Zeichnung: Käthe Kollwitz

ter Gorbatschow und Jelzin anprangert, darf jedoch auch nicht die abstoßende Würdelosigkeit verschweigen, mit der unser sozialistisches Vaterland, die Deutsche Demokratische Republik, dem Gegner ausgeliefert wurde.

Ein Sieg der Arbeiterklasse Westeuropas nach dem Ende des Ersten Weltkriegs hätte den Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion unerhört erleichtert und seine konkrete Ausgestaltung wesentlich mitgeformt. Die Kritik heutiger Schlaumeier am „sowjetischen Modell des Sozialismus“ wäre in den meisten Punkten gegenstandslos. Die Geschichte fragt aber nicht „Was wäre wenn?“ Sie hat zudem ihr Urteil gesprochen: Opportunisten – die nicht müde werden, „friedliche und bessere, weniger opferreiche Wege“ anzupreisen





Lenin

Grafik: Werner Klemke

– vermochten es weder damals noch heute, irgendwo auf Erden eine sozialistische Gesellschaft zu errichten.

Müssen wir, die wir nun sämtliche Höhen und Tiefen kennen, deshalb alles rechtfertigen, was im Verlauf des Aufbaus des Sozialismus in der Sowjetunion geschah? Sind wir verpflichtet, nur von den überwiegend hellen Seiten zu sprechen? Ist es geboten, alles Dunkle, selbst Unentschuldbares, in Abrede zu stellen? Sollten wir – wie ich manchmal höre – davon schweigen, weil doch der Gegner pausenlos in diese Richtung trommelt? Nein, Genossen, das kann nicht richtig sein – und zwar nicht nur in bezug auf die Geschichte, sondern auch nicht mit Sicht auf künftige neue Anläufe.

Denn komplizierte Fragen müssen beantwortet werden: Was geschieht, wenn sich beispielsweise in Griechenland, wo es eine starke kommunistische Partei gibt, eine gesamtstaatliche revolutionäre Krise herausbildet? Ursachen dafür gibt es im Würgegriff der EU ja wahrlich genug. Was wird diesem Land bevorstehen angesichts der Tatsache, daß es – selbst Mitglied der NATO – rundum von Staaten dieses reaktionären Paktsystems umzingelt ist? Auch jede ausgewogene Analyse der Politik der KP Chinas oder der Lage der kubanischen Revolution muß alle Faktoren in Rechnung stellen, die sich aus haßerfüllter imperialistischer Nachbarschaft ergeben. Wir dürfen doch nicht verkennen: Auch künftige Revolutionen werden sich – wahrscheinlich wiederum über längere Zeit – in imperialistischem Umfeld, bei anhaltender Dominanz des kapitalistischen Weltmarkts, behaupten müssen. Auch sie werden schwere Bürden zu tragen haben, die keineswegs dem Wesen des Sozialismus geschuldet sind.

Und wie steht es mit dem gesetzmäßigen Zusammenhang von Imperialismus und Opportunismus? In Lenins Schrift „Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus“ heißt es mit Schärfe, „daß die Opportunisten (Sozialchauvinisten) zusammen mit der imperialistischen Bourgeoisie eben darauf hinarbeiten, ein imperialistisches Europa auf dem Rücken Asiens und Afrikas zu schaffen, daß die Opportunisten objektiv jenen Teil der Kleinbourgeoisie und gewisser Schichten der Arbeiterklasse darstellen, der mittels der imperialistischen Extraprofite bestochen wird und in Kettenhunde des Kapitalismus, in Verderber der Arbeiterbewegung verwandelt worden ist“. (LW, 23/107) Es handelte sich dabei also keineswegs nur um ideologische Verleumdung. Englische Arbeiter – beispielsweise in der britischen Kronkolonie Indien – wurden damals nicht nur viel höher entlohnt als ihre indischen Kollegen; sie hatten auch größere politische Rechte und verfielen häufig dem rassistischen Wahn, das stünde ihnen als Angehörigen einer „höheren Nation“ selbstverständlich zu. „Auf der geschilderten ökonomischen Grundlage“, führte Lenin weiter aus, „haben die politischen Institutionen des neuesten Kapitalismus – Presse, Parlament, Verbände, Kongresse usw. – die den ökonomischen Privilegien und Almosen entsprechenden politischen Privilegien und Almosen für die respektvollen, braven, reformistischen und patriotischen Angestellten und Arbeiter geschaffen. Einträgliche und ruhige Pöstchen im Ministerium oder im Kriegskomitee, im Parlament und in verschiedenen Kommissionen, in den Redaktionen der ‚soliden‘ legalen Zeitungen oder in den Vorständen der nicht weniger ‚soliden‘ und ‚bürgerlich-folgsamen‘ Arbeiterverbände – damit lockt und belohnt die imperialistische Bourgeoisie die Vertreter und Anhänger der ‚bürgerlichen Arbeiterparteien‘.

Die Mechanik der politischen Demokratie wirkt in der gleichen Richtung. Ohne Wahlen geht es in unserem Zeitalter nicht; ohne die Massen kommt man nicht aus, die Massen aber können im Zeitalter des Buchdrucks und des Parlamentarismus nicht geführt werden ohne ein weitverzweigtes, systematisch angewandtes, solide ausgerüstetes System von Schmeichelei, Lüge, Gaunerei, das mit populären Modeschlagworten jongliert, den Arbeitern alles mögliche, beliebige Reformen und beliebige Wohltaten verspricht – wenn diese nur auf den revolutionären Kampf für den Sturz der Bourgeoisie verzichten.“ (LW, 23/114 f.)

Ist nach dem Zerfall des Kolonialsystems die Lage etwa völlig anders? Im Kern der Sache kann davon nicht die Rede sein. Den Arbeitern der entwickelten kapitalistischen Länder wird in den Medien gezielt – und durchaus der Wahrheit entsprechend – vor Augen geführt, daß über zwei Milliarden Menschen auf dem Erdenrund mit zwei bis maximal fünf Dollar pro Tag auskommen müssen. Und im heutigen Indien, diesem „aufstrebenden Schwellenland“, liegt das Pro-Kopf-Einkommen – wohlgemerkt alle indischen Reichen und Superreichen eingeschlossen – pro Jahr knapp über 3700 Dollar. Den Arbeitern in den Metropolen des Monopolkapitals wird also eine steile Schräge nach unten vor Augen geführt und eingehämmert, sie hätten doch „eine Menge zu verlieren“. Die Folgen des Blicks ins Bodenlose auf Anschauungen und politisches Verhalten dürfen nicht unterschätzt werden.

Wiederholt ist auch in unseren Kreisen zu vernehmen, wir könnten angesichts der Schwäche des subjektiven Faktors auf sehr lange Sicht nicht mit einer revolutionären Situation rechnen. Ich halte das, ehrlich gesagt, für falsch. Es führt in die Irre, wenn revolutionäre Situation und gesamtstaatliche revolutionäre Krise miteinander verwechselt werden. Richtig ist: Ohne revolutionäre Situation gibt es keine Steigerung zur revolutionären Krise. In einer gesamtstaatlichen revolutionären Krise hat der subjektive Faktor ohne jeden Zweifel überragende



Bedeutung. Zu den objektiven Merkmalen einer revolutionären Situation zählt er jedoch nicht. Ich verweise auf Lenins Schrift „Der Zusammenbruch der II. Internationale“. Dort heißt es: „Für den Marxisten unterliegt es keinem Zweifel, daß eine Revolution ohne revolutionäre Situation unmöglich ist, wobei nicht jede revolutionäre Situation zur Revolution führt. Welches sind, allgemein gesprochen, die Merkmale einer revolutionären Situation? Wir gehen sicherlich nicht fehl, wenn wir folgende drei Hauptmerkmale anführen: 1. Für die herrschenden Klassen ist es unmöglich, ihre Herrschaft unverändert aufrechtzuerhalten; die eine oder andere Krise der ‚oberen Schichten‘, eine Krise der Politik der herrschenden Klasse, die einen Riß entstehen läßt, durch den sich die Unzufriedenheit und Empörung der unterdrückten Klassen Bahn bricht. Damit es zur Revolution kommt, genügt es in der Regel nicht, daß die ‚unteren Schichten‘ in der alten Weise ‚nicht leben wollen‘, es ist noch erforderlich, daß die ‚oberen Schichten‘ in der alten Weise ‚nicht leben können‘. 2. Die Not und das Elend der unterdrückten Klassen verschärfen sich über das gewöhnliche Maß hinaus. 3. Infolge der erwähnten Ursachen steigert sich erheblich die Aktivität der Massen, die sich in der ‚friedlichen‘ Epoche ruhig ausplündern lassen, in stürmischen Zeiten dagegen sowohl durch die ganze Krisensituation als auch durch die ‚oberen Schichten‘ selbst zu selbständigem historischem Handeln gedrängt werden.

Ohne diese objektiven Veränderungen, die unabhängig sind vom Willen nicht nur einzelner Gruppen und Parteien, sondern auch einzelner Klassen, ist eine Revolution – in der Regel – unmöglich. Die Gesamtheit dieser objektiven Veränderungen wird denn auch revolutionäre Situation genannt. Eine solche Situation gab es 1905 in Rußland und in allen Revolutionsepochen im Westen; sie lag aber auch in den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts in Deutschland und in den Jahren 1859–1861 und 1879/1880 in Rußland vor, obgleich es in diesen Fällen zu keiner Revolution kam. Warum? Weil nicht aus jeder revolutionären Situation eine Revolution hervorgeht, sondern nur aus einer solchen Situation, in der zu den oben aufgezählten objektiven Veränderungen noch eine subjektive hinzukommt, nämlich die Fähigkeit der revolutionären Klasse zu revolutionären Massenaktionen, genügend stark, um die alte Regierung zu stürzen (oder zu erschüttern), die niemals, nicht einmal in einer Krisenepoche, ‚zu Fall kommt‘, wenn man sie nicht ‚zu Fall bringt‘.“ (LW, 21/206 f.)

Eine gesamtstaatliche revolutionäre Krise bietet dagegen ein anderes Bild. In seinem „Brief an die Genossen“, verfaßt eine Woche vor dem Sturm auf das Winterpalais, zerpfückte Lenin Punkt für Punkt die Argumente Kamenews und Sinowjews, die im ZK gegen den bewaffneten Aufstand gestimmt hatten. Er zählte alle Faktoren auf, die Rußland nun – im Unterschied zur Lage noch im Juli 1917 – innerhalb weniger Wochen reif machten für die proletarische Revolution. Es heißt dort: „Der Marxismus ist eine außerordentlich tiefe und vielseitige Lehre. Kein Wunder darum, daß Bruchstücke von Marx-Zitaten – besonders wenn sie an unpassender Stelle angeführt werden – stets unter den ‚Argumenten‘ derer anzutreffen sind, die mit dem Marxismus brechen. Eine militärische Verschwörung ist Blanquismus, wenn sie nicht von der Partei einer bestimmten Klasse organisiert wird, wenn ihre Urheber das politische Moment im allgemeinen und das internationale im besonderen nicht berücksichtigt haben, wenn diese Partei nicht die durch objektive Tatsachen bewiesene Sympathie der Mehrheit des Volkes genießt, wenn die Entwicklung der revolutionären Ereignisse nicht zur praktischen Widerlegung der kompromißlerischen Illusionen des Kleinbürgertums geführt hat, wenn die Mehrheit der als ‚bevollmächtigt‘ anerkannten und sonstwie wirksam gewordenen Organe

des revolutionären Kampfes in der Art der ‚Sowjets‘ nicht erobert ist, wenn in der Armee (in Kriegszeiten) nicht eine völlig ausgereifte Stimmung gegen die Regierung vorhanden ist, die den ungerechten Krieg entgegen dem Willen des Volkes in die Länge zieht, wenn die Losungen des Aufstands (wie ‚Alle Macht den Sowjets‘, ‚Das Land den Bauern‘, ‚Sofortiges Angebot eines demokratischen Friedens an alle kriegführenden Völker, zugleich unverzügliche Aufhebung der Geheimverträge und Abschaffung der Geheimdiplomatie‘ usw.) nicht die größte Verbreitung gefunden und größte Popularität gewonnen haben, wenn die fortgeschrittenen Arbeiter nicht von der verzweifelten Lage der Massen überzeugt und nicht der Unterstützung der



Es lebe die Avantgarde der Revolution, die Rote Flotte!

Zeitgenössisches Plakat

Landbevölkerung sicher sind, einer Unterstützung, die zum Ausdruck kommt in einer ernsthaften Bauernbewegung oder in Erhebungen gegen die Gutsbesitzer und die diese schützende Regierung, wenn die wirtschaftliche Lage des Landes die begründete Hoffnung auf eine glückliche Überwindung der Krise durch friedliche und parlamentarische Mittel bietet.“ (LW, 26/200)

Wir sind von einer derartigen revolutionären Krise in Deutschland weit entfernt. Das bedarf wohl keines Beweises. Revolutionen kann man zudem nicht „machen“. Mangelnde Bodenhaftung befördert Vorstellungen, es bedürfe nur regelmäßiger prinzipieller Aufrufe, um die Massen unter roten Fahnen zu vereinen und so „zur Revolution zu schreiten“. Marxisten dürfen aber keine Träumer, sondern müssen nüchterne Analytiker der Klassenverhältnisse sein. Wir wissen aus langer und zum Teil bitterer Erfahrung, daß Versuche, die Revolution „anzupeitschen“, letztlich auch in die Irre führen.





Die Komsomolzen ziehen in den Bürgerkrieg

Grafik: A. Syrjanow, 1967

Wie verhält es sich hingegen heute mit der revolutionären Situation? Können die „Oberen“ einfach so „weitermachen“ wie bisher? Gibt es wachsende Unzufriedenheit der „Unteren“? Wie steht es um die „Aktivität breiterer Schichten“? Erhöht sie sich – wenn auch widersprüchlich und in teils absonderlichen Gewändern –, und tragen die „Oberen“ durch ihr „Drängen“ nicht dazu bei?

Die Tatsachen belegen, daß sich die Lage im letzten Jahrzehnt beträchtlich verändert hat. Es gilt deshalb, das Wechselverhältnis aller Klassen und die Eigenart der gegenwärtigen Situation exakt zu erfassen. Denn immer, wenn gewichtige neue Fakten und Tendenzen zutage treten, müssen Marxisten ihr Schrittmaß den neuen Bedingungen anpassen. Dabei ist zu beachten: Wie eh und je ist es unmöglich, vorherzusagen, welche Ereignisse sich als zuspitzende politische „Katalysatoren“ erweisen. Denken wir daran, daß vor der russischen Februarrevolution 1917 die Massenempörung über den Einfluß Rasputins, eines religiösen Scharlatans, auf die Zarenfamilie äußerst revolutionierend gewirkt hat. Welche ähnlich wirkenden Umstände es hierzulande geben könnte, wissen wir nicht und können es auch nicht im voraus wissen. Hinzu kommt: Wenn wachsende Unzufriedenheit das Faß zum Überlaufen bringt, wird das keineswegs nur den linken Kräften zugute kommen. Die akute rechte Gefahr müssen wir stets im Blick haben.

Bei der Analyse der gegenwärtigen Situation ist es aufschlußreich, nach den Gründen für die Rücktritte zweier Bundespräsidenten in jüngster Zeit zu fragen. 1985, als Richard von Weizsäcker im Plenarsaal des Bundestages seine große Rede hielt, war für die herrschende Klasse der BRD die Welt noch in Ordnung. Seine Charakterisierung des 8. Mai als „Tag der Befreiung“, der nicht außerhalb des Zusammenhangs mit dem 30. Januar 1933 zu verstehen sei, und insbesondere seine Ehrung aller Opfer des Widerstandes – unter ausdrücklicher Einbeziehung der Kommunisten –, stieß zwar keineswegs auf allgemeine Zustimmung der Herrschenden. Doch der absehbare Niedergang des europäischen Sozialismus hob die Stimmung. Die Annexion der DDR steigerte die gute Laune schließlich zu ungezügelterm Siegestaumel.

Doch wie ist die Lage jetzt? Völlig andere Reaktionen löste das öffentliche Eingeständnis des Herrn Köhler aus, in Afghanistan werde Krieg geführt, und es gehe dabei auch um die wirtschaftlichen Interessen der BRD. Köhler hat die schlichte Wahrheit ausgesprochen. Aber das wurde nun als schwerer Geheimnisverrat gewertet und führte zu seinem unverzüglichen Rücktritt. Und dann Wulff: Er ist in einer regelrechten Hetzjagd rechtsgerichteter Medien nach nur zwanzig Monaten aus dem Amt gejagt worden. Angeblich ging es um die kleinkriminellen „Vorteilsnahmen“. Doch über Kleingeld ist noch nie ein Bundespräsident

gestolpert. Es kam den Herrschenden zwar zupaß, monatelang das Volk mit derartigen „Wulffschen Verfehlungen“ von den diversen „Rettungsschirmen“ abzulenken. Aber die Ursache seines Absturzes lag ganz woanders: Wulff hat am 24. August 2011 in Lindau zur Eröffnung einer Tagung der Wirtschafts-nobelpreisträger gesprochen. Der „RotFuchs“ hat seine Rede in der diesjährigen Maiausgabe – vielleicht zunächst zur Verwunderung einiger unserer Mitstreiter – veröffentlicht. Doch dem aufmerksamen Leser kann ja nicht verborgen bleiben, wie Wulff seine tiefe Besorgnis hinsichtlich des desaströsen Krisenverlaufs artikuliert. Das war zu viel! Ein Staatspräsident, der – übersetzen wir es marxistisch – davor warnt, die kapitalistische Gesellschaft sei im Begriff, in eine revolutionäre Situation abzugleiten, wird von den Machthabern in die Wüste geschickt. Ihn ersetzt nun ein pathologischer Antikommunist und ausgewiesener Schönfärber der Abgründe des Monopolkapitalismus, dem wohl solche „Entgleisungen“ nicht unterlaufen werden. Hindenburg wäre sicher auch mit diesem Nachfolger einverstanden. Denn in ernsten Zeiten ist es gefährlich, wenn der Staatspräsident Sätze ausspricht, auf die sich Kritiker des kapitalistischen Systems berufen können. Wenn es kracht im Gebälk, verkehrt sich die altrömische Sentenz „Quod licet iovi, non licet bovi“ ins Gegenteil. Was man diesem oder jenem „Ochsen“ vielleicht noch durchgehen läßt, ist „Jupiter“ strengstens untersagt.

Zum Schluß, Genossen, das Wichtigste: Der Rote Oktober markiert die Geburtsstunde einer neuen Epoche der Weltgeschichte. Die Stellung zu dieser Zeitenwende gibt letztlich wie eh und je darüber Auskunft, wer zum Lager der Revolution gehört oder wer zum Gegner übergelaufen ist – sei es aus Berechnung, sei es aus Schwäche.

Wir würdigen die Opferbereitschaft der Bürger des Sowjetlandes beim Aufbau des Sozialismus. Wir bewundern ihren Heldenmut im Bürgerkrieg und im Großen Vaterländischen Krieg – an den Fronten und im Hinterland. Wir gedenken dankbar ihrer überragenden Leistungen im Kampf für ihre und unsere Freiheit und für den Weltfrieden. Millionen haben dafür ihr Leben eingesetzt. Für den Roten Oktober und seine Kinder gilt, was Karl Marx einst – die Kommunarden ehrend – niederschrieb: „Das Paris der Arbeiter, mit seiner Kommune, wird ewig gefeiert werden als der ruhmvolle Vorbote einer neuen Gesellschaft. Seine Märtyrer sind eingeschreint im großen Herzen der Arbeiterklasse. Seine Vertilger hat die Geschichte schon jetzt an jenen Schandpfahl genagelt, von dem sie zu erlösen alle Gebete ihrer Pfaffen ohnmächtig sind.“ (MEW, 17/362)

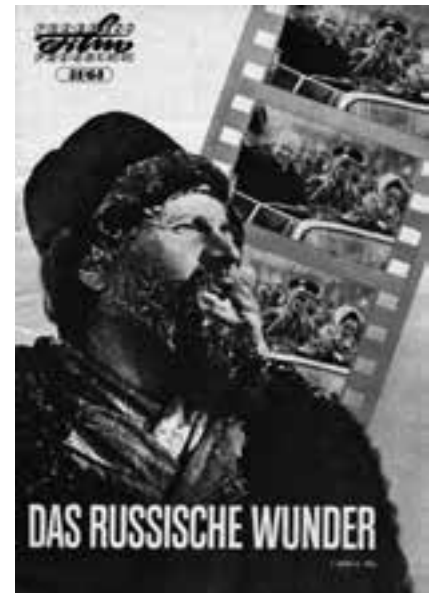


Aus einem Brief Lenins an Clara Zetkin mit dem Staatssiegel der RSFSR, 26. Juli 1918





Filme zur Oktoberrevolution



obere Reihe

Streik (Sergej Eisenstein, 1924)

Lenin im Oktober (Michail Romm, 1937)

Oktober – Zehn Tage, die die Welt erschütterten (Sergej Eisenstein, 1937)

untere Reihe

Der 6. Juli (Juli Karassik, 1968; Buch: Michail Schatrow)

Unterwegs zu Lenin (Günter Reisch, 1970; Buch: Alfred Kurella)

Das russische Wunder (Annelie und Andrew Thorndike, 1963)





W. I. Lenin spricht anlässlich der Enthüllung eines provisorischen Denkmals für Karl Marx und Friedrich Engels in Moskau, 7. November 1918

Impressum

„RotFuchs“, c/o Dr. Klaus Steiniger
(V.i.S.d.P.)
Rheinsteinstraße 10, 10318 Berlin
Beilage zum „RotFuchs“
Nr. 178 (November 2012)

Plakat auf der Titelseite:
Frieden, Sozialismus, Demokratie
(Weniamin Briskin, 1970)

Layout: W. Metzger u. R. Metzler